

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Schärferer Schutz für Bremen: Messerfreie Zonen für mehr Sicherheit!

In den letzten Jahren ist die Zahl der Straftaten, bei denen ein Messer zum Einsatz gekommen ist, in Deutschland deutlich gestiegen und auch Bremen ist von diesem Phänomen besorgniserregend oft betroffen. Diese Entwicklung stellt eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit und das Wohlbefinden unserer Bürgerinnen und Bürger dar. Messerangriffe hinterlassen nicht nur körperliche Wunden, sondern auch tiefgehende psychische Narben bei den Betroffenen und ihren Angehörigen. Die Allgegenwärtigkeit und die vermeintliche Leichtigkeit, mit der solche Waffen eingesetzt werden können, verstärken das Gefühl der Unsicherheit in Bremen und Bremerhaven zunehmend.

Statistiken belegen, dass im Land Bremen in den letzten Jahren eine steigende Zahl von Messerstraftaten zu verzeichnen ist. Allein im vergangenen Jahr wurden in Bremen 315 Straftaten registriert, bei denen Messer eine Rolle spielten. In Bremerhaven gab es zur gleichen Zeit 76 Angriffe. Diese Taten reichen von Raubüberfällen über Körperverletzungen bis hin zu tragischen Todesfällen. Jede dieser Straftat steht für ein Schicksal, für eine Familie, die durch die Tat für immer verändert wurde. Die Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sind dabei erheblich. Die Angst vor einer potenziellen Bedrohung im öffentlichen Raum wächst und das Vertrauen in die Sicherheit unseres Lebensraums wird zunehmend erschüttert. In einer Gesellschaft, die auf Freiheit, Vertrauen und einem friedlichen Miteinander basiert, dürfen wir diese Entwicklung nicht länger hinnehmen.

Es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam entschlossen handeln, um der zunehmenden Gewalt entgegenzuwirken und den Schutz unserer Bremerinnen Bremer zu gewährleisten. Die vorliegenden Maßnahmen zielen darauf ab, das Mitführen und den Einsatz von Messern im öffentlichen Raum deutlich zu erschweren und somit einen wichtigen Schritt in Richtung eines sicheren und friedlichen Bremens zu gehen.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Waffenverbotszonen im Land Bremen auf alle Bereiche auszuweiten, an denen in jüngster Vergangenheit vermehrt Straftaten mittels eines Messers begangen worden sind. Hierfür soll der Senator für Inneres innerhalb von drei Monaten überprüfen, wo die gefährlichsten Orte Bremens und Bremerhavens sind, insbesondere am Willy-Brandt-Platz, am Vegesacker Bahnhof oder Am Wall. Die Orte mit hohem Gefahrenpotential sollen ausgewiesen und zu Waffenverbotszonen erklärt werden;
2. die Kontrollen in Waffenverbotszonen auszuweiten sowie zu verstetigen und hierfür das benötigte Personal bei der Polizei Bremen, der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und den Ordnungsdiensten bereitzustellen;
3. Videoaufklärungssysteme überall dort zu installieren, wo Waffenverbotszonen eingerichtet wurden;
4. in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Land Bremen endlich regelhaft auch die Begehung von Straftaten mittels des Tatwerkzeugs Messers auszuweisen;
5. sich im Bundesrat dahingehend für die Anpassung von § 224 StGB einzusetzen, dass die Begehung einer gefährlichen Körperverletzung, die mittels einer Waffe oder eines Messers verübt wird, mit Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr geahndet wird;
6. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Vorhaben aus dem Bundesinnenministerium, das Mitführen von Messern mit einer Klingenlänge von mehr als 6 cm in der Öffentlichkeit zu verbieten, umgesetzt wird.

Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der
CDU